

A-082/2019	Eingegangen im Sekretariat der Oberbürgermeisterin 05.12.2019	
	8504	schr



Beschlussantrag Nr. BA-006/2020

Einreicher:
Fraktionsgemeinschaft, DIE LINKE/Die PARTEI

Gegenstand:
Verstärktes Engagement zur Verbesserung der Personalsituation in Chemnitzer Kindertagesstätten

Kostendeckungsvorschlag:
(Produktuntergruppe)

Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	Status öffentlich/ nichtöffentlich	Beratungsergebnis		
			bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Jugendhilfeausschuss	17.03.2020	öffentlich			
Stadtrat	25.03.2020	öffentlich			

Beschlussvorschlag:

- Der Stadtrat fordert die Oberbürgermeisterin auf, sich im Sächsischen Städte- und Gemeindegtag, im Regionalkonvent und gegenüber der sächsischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass kurz- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen sowie zur Erhöhung des Landeszuschusses ergriffen werden. Dabei sollen folgende Punkte zur Verbesserung der Situation angesprochen werden:
 - Anpassung der Bedarfsplanungen für Erzieherinnen und Erzieher an aktuelle Erfordernisse
 - Anpassung der Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher
 - weitere Anhebungen des Landeszuschusses zum Ausgleich von Mehrkosten für Kommunen und Eltern.
- Der Stadtrat fordert die Chemnitzer Vertreterinnen und Vertreter im Landesjugendhilfeausschuss auf, sich in diesem Gremium analog der im Punkt 1 aufgeführten Punkte einzusetzen.
- Der Stadtrat bittet die Chemnitzer Landtagsabgeordneten, sich in ihren Gremien analog der im Punkt 1 aufgeführten Punkte einzusetzen.

i. A. Anja Schale

Unterschrift

Begründung:

In den vergangenen Monaten hat sich die Personalsituation in Chemnitzer Kindertageseinrichtungen weiter verschlechtert. Der Personalbedarf kann nicht immer ausreichend gedeckt und offene Stellen nicht besetzt werden. Die Stadtverwaltung hat hierzu verschiedene Maßnahmen unternommen, um dem Problem kurzfristig begegnen zu können.

Angesichts der langen Ausbildungszeit für Erzieherinnen und Erzieher sowie der Probleme bei der Bedarfsplanung durch das zuständige Ministerium können die von der Stadt unternommenen Maßnahmen jedoch nur kurzfristig greifen. Es braucht eine an den aktuellen Bedürfnissen der Auszubildenden und der Träger von Kitas orientierte Ausbildung, die auch für zukünftige Erzieherinnen und Erzieher attraktiver ist, zum Beispiel die Umstellung auf eine Ausbildung im dualen System.

Weiterhin sollen Kommunen und Eltern mit der erhöhten Belastung durch den gestiegenen Personal-, aber auch Sachkostenbedarf nicht allein gelassen werden. Die Mehrkosten, die durch verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation entstehen, dürfen nicht zu Lasten der Kommunen und Eltern gehen.